(KR/WL)
Vorbemerkung: Dieser Service der NachDenkSeiten soll Ihnen einen schnellen Überblick über interessante Artikel und Sendungen verschiedener Medien verschaffen.

Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind.
Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Ist geschützter Sex bezahlbar?**
   Hartz-IV-Empfängerinnen haben keinen Anspruch auf Verhütungsmittel – eine Abtreibung aber wird finanziert, wenn die festgesetzten Fristen eingehalten werden. Verhütungsmittel werden demnach nur bis zum 20. Lebensjahr von den Krankenkassen übernommen. Von diesem Zeitpunkt an ist die Verhütung reines Privatvergnügen. Gegen diese Logik des Systems formiert sich jetzt in ganz Deutschland der Widerstand der Konfliktberaterinnen aller namhaften Träger. Wohl auch, weil seit der Hartz-IV-Reform noch mehr Frauen in fruchtbarem Alter auf Sozialhilfeniveau leben müssen. Zurzeit sind es fast 1,6 Millionen Frauen im Alter von 21 bis 45 Jahren. Vor allem aus Beratungsstellen an sozialen Brennpunkten berichten die Mitarbeiterinnen von einem Zusammenhang zwischen fehlendem Geld und nachlassender Sicherheit vor einer ungewollten Schwangerschaft. Der monatliche Regelsatz von 347 Euro sieht etwas weniger als 14 Euro für den großen Bereich der Gesundheitsvorsorge vor. “In diesem Warenkorb kommen die Verhütungsmittel nicht vor”, kritisiert Dr. Michaela Kleber von Pro Familia in München.
   Quelle: Berliner Zeitung
2. **Knapp die Hälfte aller Leistungsbezieher nicht als arbeitslos registriert**
   Von den 2007 durchschnittlich 6,348 Millionen Beziehern von Arbeitslosengeld I (Alg I) und Arbeitslosengeld II (Alg II) sind laut Bundesregierung 3,135 Millionen (49 Prozent) nicht in der Arbeitslosenstatistik registriert. Dagegen seien insgesamt 3,213 Millionen (51 Prozent) arbeitslos gemeldet gewesen, schreibt die Regierung in ihrer Antwort (16/8458) auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion (16/8131). Außer den Leistungsempfängern habe es noch 686.000 Arbeitslose gegeben, die keine Geldleistungen aus der Arbeitslosenversicherung bezogen. Von allen Arbeitslosen hätten 82 Prozent Leistungen erhalten. Von den durchschnittlich 1,092 Millionen Alg-I-Empfängern im Jahr 2007 seien 26 Prozent nicht in der Arbeitslosenstatistik aufgetaucht, schreibt die Regierung. 225.000 der Alg-I-Bezieher fielen unter die so genannte 58er-Regel, 25.000 der nicht als arbeitslos geführten Personen hätten an

einer Trainingsmaßnahme teilgenommen, 26.000 seien arbeitsunfähig erkrankt und 16.000 seien vermindert leistungsfähig gewesen. Kriterien für die Aufnahme in die Arbeitslosenstatistik der Bundesagentur für Arbeit seien die Arbeitslosmeldung, die Beschäftigungslosigkeit und die Verfügbarkeit. Danach würden etwa Personen, die arbeitsunfähig erkrankt oder dauerhaft erwerbsgemindert sind, nicht als arbeitslos gezählt, "weil sie dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen". Wie aus der Antwort weiter hervorgeht, waren von den im Jahr 2007 durchschnittlich 5,329 Millionen Alg II-Empfängern 2,473 Millionen (46 Prozent) als arbeitslos registriert und 2,856 Millionen (54 Prozent) nicht als arbeitslos registriert.

Eine Zuordnung zu bestimmten Gruppen sei bisher statistisch nur annäherungsweise möglich. Zur Gruppe der erwerbstätigen Hilfebedürftigen ("Aufstocker") mit einem monatlichen Bruttoeinkommen von mehr als 400 Euro zählten demnach 524.000 Personen. Der Gruppe der "Ein-Euro-Jobber" und Teilnehmer an Qualifizierungsmaßnahmen wurden demnach 418.000 der als nicht arbeitslos registrierten Alg-II-Bezieher zugeordnet. Ferner seien 484.000 unter-20-jährige und 312.000 über-58-jährige Alg-II-Empfänger statistisch nicht als arbeitslos geführt worden.
Quelle: Deutscher Bundestag

3. **Staatshilfe für US-Hausbesitzer angeregt**
   Nachdem das Fed in vielfältiger Weise dem Finanzsektor unter die Arme gegriffen hat, belebt sich die Debatte darüber, ob nicht auch den notleidenden Hausbesitzern vom Staat aus beizustehen wäre, um eine Abwärtsspirale bei Preisen und Käufen zu vermeiden.
   Quelle: NZZ
4. **Kaum zu überbietende Dramatik**
   Nach einer dramatischen Woche an den Finanzmärkten sind die Marktteilnehmer erneut kritischer geworden. Viele Kommentatoren haben betont, dass die gegenwärtige Krise viel mit erschüttertem Vertrauen zu tun hat. Das stimmt, beschönigt aber dennoch die Realität. Spricht man von einer Vertrauenskrise, suggeriert dies, dass der «wahre Wert» von Vermögenswerten aus psychologischen Gründen nicht mehr erkannt wird. Es ist aber nicht nur das. Der «richtige» Preis eines Hauses, einer Aktie, einer Anleihe oder eines Kreditderivat-Produktes ist grundsätzlich das, was ein anderer dafür zu zahlen bereit ist. Wenn sich das ganze Gefüge nach unten verschiebt, geht es nicht nur um Vertrauen, sondern um echte Wertverluste. Wie die Diskussion um «Mark-to-market» zeigt, fällt es den Marktteilnehmern anscheinend deutlich schwerer, dies zu akzeptieren als die hohen Bewertungen vor

dem Ausbruch der Krise.
Quelle: NZZ

5. **Dokumentation: Aufruf von 51 Ökonomen und Sozialwissenschaftlern aus acht europäischen Staaten und den USA**
   Spekulation und Börsenkräche: Jetzt reicht es!
   Quelle: taz
6. **Deutsche Bank bezweifelt eigene Gewinnprognose – Ackermanns Vergütung stieg auf 14 Millionen Euro**
   Jetzt erreicht die Kreditkrise doch noch die Deutsche Bank: Wegen der Turbulenzen an den Finanzmärkten stellt Deutschlands größtes Geldinstitut sein für dieses Jahr angepeiltes Ergebnis in Frage. Pikant: Das Gehalt von Bankchef Ackermann stieg trotzdem. Noch profitiert er vom vergangenen Jahr: Die Vergütung von Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann stieg zwar mit gut sechs Prozent nur halb so stark wie im Vorjahr. Insgesamt verdiente der Bank-Manager 13,98 Millionen Euro, wie aus dem am Mittwoch veröffentlichten Geschäftsbericht des Geldinstituts hervorgeht. Ackermann gehört damit erneut zu den Spitzenverdienern in Deutschland, zusammen erhielten die Vorstandsmitglieder 33,2 Millionen Euro.
   Quelle: Spiegel-online
7. **Magazin Mitbestimmung 03/2008**
   - **Handyproduktion: Hochlohnstandorte werden aufgegeben**
     Mit dem Bochumer Nokia-Werk schließt die letzte Handyproduktion in Deutschland, weltweit verlagern Produzenten in Niedriglohnländer – eine Strategie mit Risiken.
     Quelle: Hans-Böckler-Stiftung

   - **Die alarmierende Gesundheitsbilanz der Banken**
     Mit halbem Personal das Doppelte bewältigen – das ist Geschäftsmodell. Wegen der zunehmenden psychischen Erkrankungen in der Geldbranche schlagen ver.di und eine DAK-Studie Alarm.
     Quelle: Hans-Böckler-Stiftung

   - **Italien trauert kollektiv**
     In Italien sterben täglich Menschen an ihrem Arbeitsplatz. Die drei großen Gewerkschaften wollen eine Gesetzesreform und Arbeitsschutzbestimmungen durchzusetzen.
     Quelle: Hans-Böckler-Stiftung

8. **Böckler Impuls 04/2008: Ungelernte abgehängt**

Die Lohnunterschiede in Deutschland nehmen zu. Die unteren Berufsklassen verlieren. Seit Mitte der 90er-Jahre entwickeln sich die Arbeitslöhne in Deutschland schwächer als in den übrigen westlichen Industrienationen. Gleichzeitig steigen die Unternehmensgewinne. Doch die Schere öffnet sich nicht nur zwischen Lohnempfängern und Beziehern von Kapitaleinkommen. Auch innerhalb des Lohn- und Gehaltsgefüges werden die Abstände größer.
Quelle: Hans-Böckler-Stiftung

9. **Lidl ließ Mitarbeiter bespitzeln**
   Der Lebensmitteldiscounter Lidl ließ voriges Jahr systematisch die Beschäftigten in zahlreichen Filialen überwachen. Dem stern und stern.de liegen mehrere Hundert Seiten interner Lidl-Protokolle vor, in denen jeweils mit Tag und Uhrzeit notiert, wann und wie häufig Mitarbeiter auf die Toilette gehen, wer mit wem möglicherweise ein Liebesverhältnis hat, wer nach Ansicht der Überwacher unfähig ist oder einfach nur "introvertiert und naiv wirkt." Die meisten dieser Einsatzberichte stammen aus Lidl-Filialen in Niedersachsen, dazu kommen einzelne Abhörberichte aus Rheinland-Pfalz, Berlin und Schleswig-Holstein. Die Überwachung funktionierte immer nach dem gleichen Muster: Montag morgen installierten von Lidl beauftragte Detektive in der jeweiligen Filiale meist zwischen fünf und zehn Miniaturkameras. Dem Filialleiter wurde erzählt, es gehe darum Ladendiebe aufzuspüren. Tatsächlich notierten die Detektive aber auch ihre genauen Beobachtungen der Lidl-Mitarbeiter.
   Quelle: Stern
10. **Arbeitsmarkt: Private Jobvermittler erhöhen kaum Chancen**
    Die Beschäftigung von Hartz-IV-Empfängern steigt offenbar kaum durch private Arbeitsvermittler. Sie bleiben sogar häufiger unvermittelt.
    Quelle: Der Westen
11. **Mit Sicherheit – Riester-Rentenversicherung**
    Riester-Rentenversicherungen dominieren den Markt. Im Schatten der klassischen Variante sprießen Versicherungen mit Fondsanteil. Die Aktienbeimischung soll mehr Rendite bringen. Klassische Riester-Rentenversicherungen werden mit einem Garantiezins von derzeit 2,25 Prozent auf den Sparanteil pro Jahr verzinst. Hinzu kommt eine Überschussbeteiligung, die nicht garantiert ist. Sie resultiert aus dem Geschick der Versicherung, das gesammelte Kapital gewinnbringend am Markt anzulegen. Dabei sind die Unternehmen an die Regeln der Versicherungsaufsicht gebunden. Das führt dazu, dass die Gelder besonders sicher angelegt werden müssen, was die Renditechancen schmälert. Im Gegenzug für Ihre Sparbeiträge erhalten Sparer vom Versicherungskonzern eine feste Zusage für eine Mindestrente. Das vermögen Anbieter von Riester-Banksparplänen und Fondssparplänen nicht. Diese Zusage macht die Planung der Rentenphase einfacher.

Quelle: Ihre Vorsorge

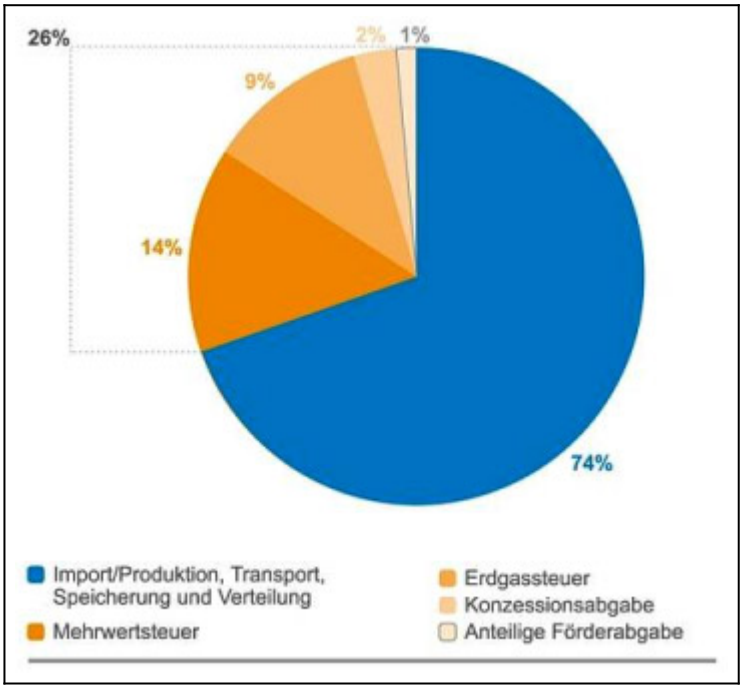
Anmerkung Martin Betzwieser: *Und wieder einmal haben wir den Eindruck, auf der Werbeseite eines kommerziellen Versicherungskonzerns gelandet zu sein. Es handelt sich aber um „eine Initiative der Regionalträger der Deutschen Rentenversicherung und der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See“, einen „unabhängigen Rentenberater“. Dass für solche Texte Rentenversicherungsbeiträge zweckentfremdet werden, ist immer wieder ärgerlich. Von kritischen Berichten aus den vergangenen Monaten (Monitor, Plusminus) steht hier kein Wort. Ganz abgesehen davon ist schon bei jeder örtliche Volksbank ein Sparkonto zu bekommen, dessen Rendite fast so hoch ist wie die angegebenen 2,25%. Wer sich ein bischen nach Tagesgeldkonten umschaut, kann noch höhere Zinsen bekommen, ohne die absurden Einschränkungen bei den Riestereien auf sich nehmen zu müssen. OK, die Riester-Rente ist Hartz-IV-sicher – fragt sich noch, wie lange.*

12. **Drückender Alptraum**
    Minister Tiefensee setzt mit Masterplan Güterverkehr und Logistik auf noch mehr Transport. Autobahnnetz soll ausgebaut werden
    Der Mitte März von Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) vorgelegte – und im Kabinett noch zu verabschiedende – »Masterplan Güterverkehr und Logistik« erntet einiges Lob von bahnfreundlichen Gruppen. Tatsächlich handelt es sich bei Tiefensees Masterplan um eine Mogelpackung. In Wirklichkeit beschreibt das Verkehrsministerium mit dem Papier eine alptraumartige Güterverkehrsentwicklung und will die in Beton gegossene Voraussetzung dafür schaffen, daß diese kaum gebremst durch deutsche Lande rollt. Letzten Endes orientiert der Masterplan darauf, daß auf der Schiene mit Ausnahme der Hochgeschwindigkeitsstrecken und des regionalen Verkehrs in Ballungsräumen der Güterverkehr Vorrang haben soll.
    Quelle: Junge Welt
13. **Westerwelle: “Der Staat ist Preistreiber bei Energiekosten. Zwei Drittel der Energiepreise sind vom Staat gemacht.“**
    “FDP-Chef Guido Westerwelle hat seine Forderung nach einer Mehrwertsteuer-Senkung für Energie trotz der Ablehnung durch Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) bekräftigt. „Dass man fürs Heizen 19 Prozent zahlen muss, für Hundefutter aber 7 Prozent, das ist doch nicht gerecht“, sagte er in Köln. Die Kosten einer Reduzierung der Mehrwertsteuer auf Strom, Gas und Öl seien auch gar nicht mal so hoch wie viele glaubten: „Das ist beim Staat ein Ausfall im einstelligen Milliardenbereich, das sollte es uns wert sein. Der Staat verplempert doch für alles Mögliche Geld.“ Der große Preistreiber sei aber nicht die Energiewirtschaft, sondern der Staat, kritisierte

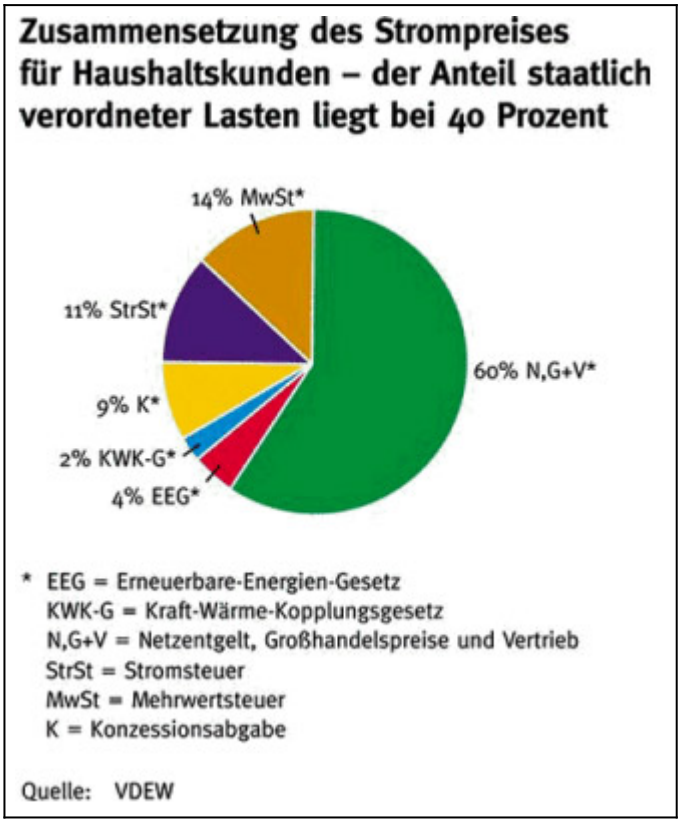
Westerwelle. „Zwei Drittel der Energiepreise sind vom Staat gemacht.“ Zur Arbeit zu fahren und im Winter die Heizung aufzudrehen, dürfe aber kein Luxusgut für wenige werden. „Der Mensch will nicht nur essen und trinken, er will auch nicht frieren. Das Leben wird immer teurer“, sagte der FDP-Vorsitzende. Der Aufschwung dauere nun schon zwei Jahre,
komme aber nicht beim Bürger an.”
Quelle: WELT
Quelle: SPIEGEL

Anmerkung WL: *Wir nehmen diesen Hinweis eigentlich nur auf, weil Westerwelles Behauptungen heute die Topmeldung der Tagesschau waren. Westerwelle polemisiert mal wieder gegen seinen Hauptfeind, den Staat. Dabei stimmt so ziemlich alles nicht, was er sagt. Seit der Mehrwertsteuererhöhung (die wir aus konjunkturpolitischen Gründen kritisiert haben) sind die Steuern bei Energiepreisen nicht gestiegen, der Staat hat allenfalls durch den Prozentanteil der Steuern an der Preistreiberei der Energiemonopole verdient. Und selbst wenn man die Mehrwertsteuer senkte, so wäre das für die Preistreiber nur eine Gelegenheit für weitere Preiserhöhungen. Ankommen würde die Steuersenkung beim Verbraucher bestimmt nicht oder nur in Teilen.*

Beim Erdgas landen laut Berechnungen des Bundesverbandes der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft (BGW) 26% des Erdgaspreises im Staatssäckel.



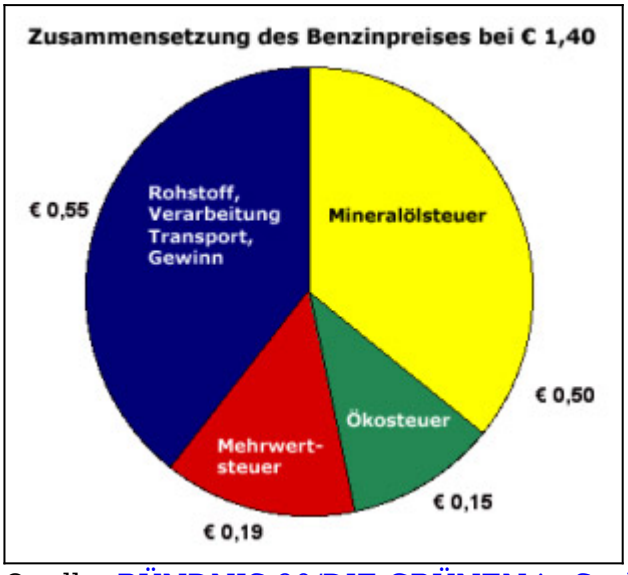
Quelle: Energieversorgung Lohr-Karlstadt und Umgebung GmbH & Co. KG



Quelle: Quelle: Energieversorgung Lohr-Karlstadt und Umgebung GmbH & Co. KG

Hinweis: 14% Mehrwertsteuer erklären sich damit, dass die Umsatzsteuer auf den Grundpreis zu zahlen ist.

Beim Benzinpreis gehen 63,4% an den Staat



Quelle: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen

14. **SPD ist nirgendwo mehr stärkste Kraft**
Den Sozialdemokraten fällt es unter dem Vorsitz von Kurt Beck immer schwerer, sich mit dem Etikett Volkspartei zu schmücken. Nach der neuesten Forsa-Umfrage ist die SPD in keinem einzigen der 16 Bundesländer noch stärkste Kraft. Desaströs ist die Situation im Saarland, wo die Genossen früher absolute Mehrheiten holten. Inzwischen wollen nur noch 16 Prozent die SPD wählen, weniger als in Bayern, wo die SPD auf 18 Prozent kommt. Die Linkspartei käme dagegen an der Saar auf 29 Prozent – eine gute Basis für Oskar Lafontaine, der im nächsten Jahr ein Comeback als saarländischer Ministerpräsident anstrebt, mit seiner Ex-Partei als Juniorpartner.
Quelle: Stern

Anmerkung WL: *Man muss bei der Interpretation dieser Umfrage äußerst vorsichtig sein. Sie stammt von Schröder-Spezi Güllner, dem Forsa-Chef. Da er inzwischen von der SPD bei Aufträgen geschnitten wird, versucht er den Niedergang der SPD Schröders Nachfolgern und jetzt insbesondere Kurt Beck in die Schuhe zu schieben. Dass die SPD nach dem Hessen-Desaster noch mehr Stimmen verliert, als sie unter Schröder und Müntefering ohnehin schon verloren hatte, muss keineswegs daran liegen, dass Kurt Beck eine strategische Option für eine Mehrheit links von der Mitte zu öffnen versuchte.*

Es gibt gute Gründe dafür, dass eine große Zahl der SPD-Anhänger, nachdem die Steinbrücks und Steinmeiers Beck in den Rücken gefallen sind, erkannt haben, dass die SPD sich einmauern lässt und keinerlei Chance mehr hat eine Regierung zu

stellen, sondern allenfalls noch als Steigbügelhalter für eine Große Koalition dienen kann. Was der SPD-Rechten nur entgegenkommt, denn damit kann der Agenda-Kurs, den sie erbittert verteidigt, nicht in Frage gestellt werden. Wenn man z.B. das Interview von Steinmeier in der Bild-Zeitung vom Ostersamstag liest, in dem er die SPD, wie die CDU es tut, zur „Kraft der Mitte“ erklärt, dann braucht man sich nicht weiter zu wundern, dass ein Teil der SPD-Wähler lieber gleich zur Linken geht oder statt einer Kopie (SPD) lieber das Original (CDU) wählt. Siehe die Umfrageergebnisse im Saarland.

15. **Rot-Grün will Studiengebühren kippen**
    Die Debatte um Studiengebühren geht in eine neue Runde. Schon bei der ersten Sitzung des neuen Hessischen Landtags am 5. April wollen SPD und Grüne auf eine Abschaffung drängen. Und diesmal hat das Vorhaben beste Erfolgsaussichten.
    Quelle: HR
16. **TU Karlsruhe schröpft Karrierestudenten**
    Wenn Studenten Auslandssemester absolvieren, müssen sie in dieser Zeit in Deutschland üblicherweise keine Studiengebühren zahlen. Die TU Karlsruhe weicht jetzt davon ab und bittet ihre abwesenden Studenten zur Kasse. Der Ärger ist groß, zumal die Elituni vor kurzem eine Spende in dreistelliger Millionenhöhe bekam.
    Quelle: FTD
17. **Milliardenmarkt Nachhilfe**
    Das öffentliche Bildungssystem wird kaputtgekürzt, das Geschäft mit der außerschulischen Unterstützung boomt. Die Politik fördert die Privatisierung Nach dem von Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) Anfang März vorgelegten Gesetzentwurf für ein Kinderförderungsgesetz soll die Prämisse der Gemeinnützigkeit in der Kinder- und Jugendhilfe kurzerhand abgeschafft werden. »Damit wäre die Tür für gewerbliche Unternehmen im Bildungswesen weit geöffnet«, warnte GEW-Vorstand Norbert Hocke. Und er erklärte: »Der Profit verdrängt den Bildungsauftrag.«
    Quelle: Jungewelt
18. **Verfahren à la Metternich – Der Deutschlandfunk stellt unbequeme Literaturredakteure kalt**
    Unter dem neuen Namen Andruck – das Magazin für politische Literatur strahlt der Deutschlandfunk ab dem 7. April die bisherige Sendung Politische Literatur aus. Nicht nur der Name ändert sich, auch das Format wird angepasst.” Die Presseerklärung des Kölner Senders verheimlicht jedoch die wichtigste “Anpassung”: Den für das vielfach ausgezeichnete politische Feature zuständigen Redakteuren Karin Beindorff und Hermann Theißen, die auch die Politische Literatur über Jahre geprägt und sie zur

interessantesten Sachbuchsendung im öffentlich-rechtlichen Hörfunk gemacht haben, wurde die redaktionelle Verantwortung entzogen. Sie sollen auch als Moderatoren nicht mehr zu hören sein.
Quelle: Freitag

19. **"Deutschland kann mehr leisten"**
Kanadas Verteidigungsminister macht Druck auf die deutsche Regierung: Die Bundeswehr muss im Süden Afghanistans kämpfen, fordert Peter MacKay im SPIEGEL-ONLINE-Interview. Die Deutschen seien zu mehr in der Lage, als sie jetzt tun – und die Soldaten wollten das auch. SPON
Quelle: SPIEGEL

Anmerkung eines NachDenkSeiten-Lesers: *Bei solchen Fragen (von SPON) wie*
„Halten Sie die Deutschen für Feiglinge?" oder
„Sie sehen also nicht länger ein, die "Drecksarbeit" zu übernehmen …" und
„Konkret: Sie wollen mehr deutsche Truppen im Süden Afghanistans?"
fragt man sich: Wer macht hier eigentlich tatsächlich Druck auf die deutsche Regierung?!

20. **Die Bundeswehr soll aus Afghanistan nach Hause kommen**
Der ehemalige Verteidigungs-Staatssekretär Willy Wimmer über die Strategie der Nato und die Rolle Deutschlands.
Quelle: Tagesspiegel
21. **Das Grauen von Genua**
Juli 2001: Straßenschlachten beim G-8-Gipfel in Italien. Schläge, Tritte, Reizgas. Aber für das, was die Verhafteten dann erwartete, gibt es nur ein Wort – Folter.
Der Gipfel der G-8-Staaten in Genua im Jahr 2001 wird für immer mit einem Wort verbunden werden: Gewalt. Gewalt auf den Straßen – und Gewalt im Gefängnis in Bolzaneto. Der Prozess um die Ereignisse dort ist noch nicht zu Ende – der Abschluss ist für den Frühsommer geplant. Das Urteil wird den Angeklagten persönliche Verantwortung und Strafen zumessen. Die Tatsachen aber, die während der Verhandlung rekonstruiert wurden, sind nicht mehr in Zweifel zu ziehen. Sie wurden gesichert, dokumentiert und bewiesen. Und sie zeigen, dass Italiens Demokratie drei Tage lang jene feine, aber unzerstörbare Grenzlinie überschritten hat, die Menschenwürde und Menschenrechte schützt.
Quelle: Tagesspiegel

Zu guter letzt:

Gestern Abend (26.3.2007), ca. 19:45 Uhr, SWR1, Sendung „Thema heute".

Darin ein Interview mit dem SPD-Gesundheitsexperten Karl Lauterbach, der die Gelegenheit nutzt, um für mehr Markt im Gesundheitswesen zu plädieren: “Das deutsche Gesundheitswesen ist das drittteuerste der Welt. Das muss unbedingt effektiver organisiert werden. So sollte z.B. die ambulante, medizinische Versorgung durch Kliniken ermöglicht werden. Es hat keinen Sinn, die Facharzt-Kapazitäten doppelt vorzuhalten.”
Daraufhin der Moderator: “Der Vollständigkeit halber sollte man nun aber auch darauf hinweisen, dass Sie im Aufsichtsrat eines privaten Klinikbetreibers sitzen.”

Da bleibt uns nur zu sagen: Weiter so!